

Geplante Pflegereform: Familien und Verbände in Brandenburg schlagen Alarm

Anfang Juli 2022 soll die neue Pflegereform in Kraft treten – nun regt sich massiver Widerstand. Denn Eltern von mehrfachbehinderten Kindern fürchten Nachteile. Auch eine Mutter aus Barnau (Barnim) sorgt sich um die Betreuung ihres Sohnes.



Potsdam. Ein jüngst bekannt gewordener Arbeitsentwurf aus dem [Bundesgesundheitsministerium](#) zur geplanten Pflegereform stößt bei Eltern mit behinderten Kindern und Fachverbänden auf massive Kritik. Die geplante Reform sei „eine Katastrophe für betroffene Familien“, sagt Anja Binder, Leiterin der EUTB-Teilhabeberatung in Barnau (Barnim) und Sprecherin des Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Brandenburg (LVKM).

Konkret richtet sich die Kritik der Verbände gegen die Reform der sogenannten Verhinderungspflege. Diese sieht vor, dass die Pflegeperson kurzfristig durch einen Dritten ersetzt werden kann, im Falle von Krankheit, Urlaub oder privaten Terminen. In der geplanten Pflegereform soll diese Flexibilität nun gekürzt werden. Derzeit stehen Familien für die stundenweise Inanspruchnahme von Verhinderungspflege jährlich 2.418 Euro zur Verfügung, künftig sollen es nur noch 1.320 Euro im Jahr sein. Eine Kürzung von fast 50 Prozent.

Verhinderungspflege ist ein wichtiger Baustein im Alltag

„Sollte die Reform so durchkommen, könnten wir unseren Alltag nicht mehr bewältigen“, sagt Steffi Bernsee aus Barnau (Barnim). Die 40-

Jährige ist Mutter eines mehrfachbehinderten Kindes. Ihr Sohn ist acht Jahre alt, hat den Pflegegrad 4 und wird von ihr und ihrem Ex-Partner abwechselnd gepflegt. Beide Eltern sind berufstätig, der Sohn besucht vormittags eine Förderschule.

Die Verhinderungspflege sei ein wichtiger Baustein in der täglichen Pflege, sagt Bernsee. Da die Förderschule keine Hortbetreuung anbiete, werde ihr Sohn an einigen Nachmittagen im Monat von einem privaten Elternverein betreut. „Dafür geht schon ein Großteil des Budgets der 2.400 Euro drauf.“ Auch in den Ferien gehe ihr Sohn manchmal in den Hort. „Sonst könnte ich meinen Beruf nicht ausüben.“ Sollte die geplante Pflegereform wie geplant umgesetzt werden, dann würde diese Betreuung wegfallen, fürchtet Bernsee. Denn die finanziellen Mittel würden eine Betreuung nicht mehr abdecken.

Familien mit behinderten Kindern werden vergessen

„Die Familien von behinderten Kindern wurden einfach vergessen“, kritisiert Anja Binder, Sprecherin des LKVM Brandenburg. Das sei allerdings kein Novum. „Pflege dreht sich ja vor allem um ältere Menschen, da fallen die Familien leider oft hinten runter.“ [Doch gerade Familien bräuchten flexible Betreuungsmöglichkeiten](#), sagt Binder, denn für viele Eltern sei

die stundenweise Inanspruchnahme auch die einzige Möglichkeit, Verhinderungspflege geltend zu machen. „Kurzzeitpflege in Einrichtungen gibt es kaum für behinderte Kinder“, sagt Binder. Das sei bei älteren Menschen anders. Mehrfach hätten sich die Verbände daher bereits an Jens Spahn gewandt, um auf die besondere Situation von Familien aufmerksam zu machen. Eine Antwort hätten sie allerdings bisher noch nicht erhalten.

Betroffene Eltern starten Online Petition

Um ihre Rechte einzufordern und um andere Eltern zu unterstützen, will Steffi Bernsee nun eine Selbsthilfegruppe für Familien mit behinderten Kindern gründen. Und auch an anderen Stellen regt sich Protest gegen die Pläne von Jens Spahn. So hat eine Online-Petition mit dem Titel „Keine Einschränkung der Flexibilität von Verhinderungspflege durch die Pflegereform 2021!“ bereits über 20.000 Unterstützende gefunden, darunter viele Eltern behinderter Kinder. Zur Motivation für die Unterzeichnung der Petition schreibt dort ein Unterzeichner treffend: „Ich bin Vater eines schwerbehinderten Kindes. Die Planungen für das neue Gesetz sind offensichtlich auf der Grundlage von Überlegungen geschehen, die mit unserer Realität nichts zu tun haben.“

Von Gesa Steeger